

„Das Mandat reicht völlig aus“

FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner zum Bundeswehr-Einsatz gegen Piraten

Die Diskussion um die Strategie der Bundesregierung im Kampf gegen Piraten reißt nicht ab. Jetzt fordert die Union, die Befugnisse der Bundeswehr durch eine Verfassungsänderung zu erweitern. Der FDP-Verteidigungsexperte Rainer Stinner hält diese Forderung für überflüssig.

■ *Was sieht das Mandat vor, das der Bundestag beschlossen hat? Darf die Bundeswehr den aktiven Kampf gegen Piraten aufnehmen oder nur Schiffe des Welternährungsprogrammes begleiten?*

Das Bundeswehrmandat erlaubt ausdrücklich den aktiven Kampf gegen Piraterie. In den Aufgaben und in dem Auftrag ist zwar auch beschrieben, dass Schiffe mit humanitären Gütern an Bord begleitet werden sollen. Aber es ist zudem nicht nur erlaubt, sondern sogar gefordert, dass die Bundeswehr aktiv gegen solche Schiffe und Menschen vorgeht, die Piratenakte begangen haben oder dabei sind, Piratenakte zu begehen.

■ *Also reichen die Befugnisse eigentlich aus?*
Die Befugnisse für die Atalan-

ta-Mission reichen völlig aus. Die gegenwärtigen Diskussionen, die von Innenminister Wolfgang Schäuble und der Bundeskanzlerin angesprochen werden, sind reine Nebelkerzen, die verschleiern sollen, dass die Bundesregierung ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat.

■ *Was meinen Sie genau?*

Es gibt eindeutige Beschlüsse im Weißbuch aus dem Jahr 2006, dass die Bundeswehr auch die Aufgabe hat, Geiseln zu befreien. Es gibt also keinerlei rechtliche Unklarheit. Die einzige Unklarheit, die besteht, ist die zwischen dem Innen- und dem Verteidigungsministerium. Die waren sich offensichtlich nicht einig, wie sie vorgehen sollen. Das sind aber operative Probleme der Regierung. Mit einer gesetzgeberischen Uneindeutigkeit hat das gar nichts zu tun.

■ *Was muss den passieren, dass solche Pannen, wie jetzt im Zusammenhang mit der Befreiung der Hansa Stavanger, vermieden werden?*

Die Bundesregierung muss sowohl das KSK (eine Bundeswehr-Eliteeinheit) als



Rainer Stinner

Abgeordneter und Verteidigungsexperte der FDP

auch die GSG 9 entsprechend auszurüsten, damit sie in der Lage sind, die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Es ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung, dass wir als reiche Exportnation darauf angewiesen sind, dass ausländische Kräfte unsere ureigenen Aufgaben wahrnehmen. Wir haben wie kaum ein anderes Land ein unheimliches Interesse an sicheren Seewegen, und nicht nur was die Schiffe anbelangt, die unter deutscher Flagge segeln. Denn unsere Güter werden ja von den unterschiedlichsten Reedereien transportiert.

■ *Teilen Sie die These, dass Schäuble eine Verfassungsänderung auch deshalb anstrebt, um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu ermöglichen?*

Das ist ja die alte Frage, die seit Beginn der gesamten Diskussion über den Kampf gegen Piraterie im Raume steht. Schon vor ziemlich genau einem Jahr wurde deutlich, dass die Union mit völlig falschen Argumenten behauptet hat, die Marine könnte eigentlich gar nicht gegen Piraten vorgehen. Die Union versucht ein weiteres Mal, durch eine Änderung des Grundgesetzes die Aufgabentrennung zwischen Bundeswehr und Polizei zu verwischen. Das werden wir nicht zulassen.

■ *Was sollte den jetzt konkret passieren, um Pannen wie die um die Hansa Stavanger zu vermeiden?*
Nun, die Bundesregierung muss endlich Klarheit schaffen, was die Abläufe und Aufgaben der Mission Atalanta angeht. Es ist ein Armutszeugnis, dass wir im Dezember das Mandat verabschiedet haben, nach dem Piraten gefangen genommen werden dürfen, aber bis heute niemand weiß, wie man im konkreten Fall reagieren soll. Wir haben ja das erbärmliche Schauspiel gesehen, mit welcher Unklarheit die Bundesregierung mit Gefangenen umgegangen ist. Ich

erwarte als Parlamentarier von einer Bundesregierung, die vom Parlament einfordert, ein Mandat zu verabschieden, dass sie dann auch in der Lage ist, dieses Mandat auch wirklich auszuführen.

■ *Wie weit würden Sie gehen? Darf die Bundeswehr auf Schiffe schießen?*
Im Notfall auch das. Das ist klar. Aber ich möchte mich als Politiker ausdrücklich nicht auf den Feldherrenhügel stellen. Die Bundesregierung hat beschlossen, dass wir aktiv gegen Piraten vorgehen. Und ich erwarte, dass sie in der Lage ist, das auch umzusetzen. Ob sie das mit Kampfschwimmern machen, mit Schallkanonen oder einem Schuss in die Ruderanlage: Es ist nicht meine Aufgabe, das zu beurteilen.

■ *Was sagen denn die Betroffenen?*
Viele Bundeswehrsoldaten sind unglücklich darüber, wie die Diskussion insgesamt läuft. Auch, weil ein Schatten auf die Marine selber fällt. Ich bekomme aus der Bundeswehr große Unterstützung für meine Argumentation.

Interview: **Ines Pohl**